

*Aargauer Zeitung, 1.4.15*  
**Erbsenpüree statt konkrete Massnahmen**

Bundesrat Johann Schneider-Ammann lud die Sozialpartner zum Spitzentreffen zur Berufsbildung. Neue Erkenntnisse, wie das inländische Fachkräftepotenzial besser ausgeschöpft werden kann, gab es nicht. Dafür hatten sich alle lieb

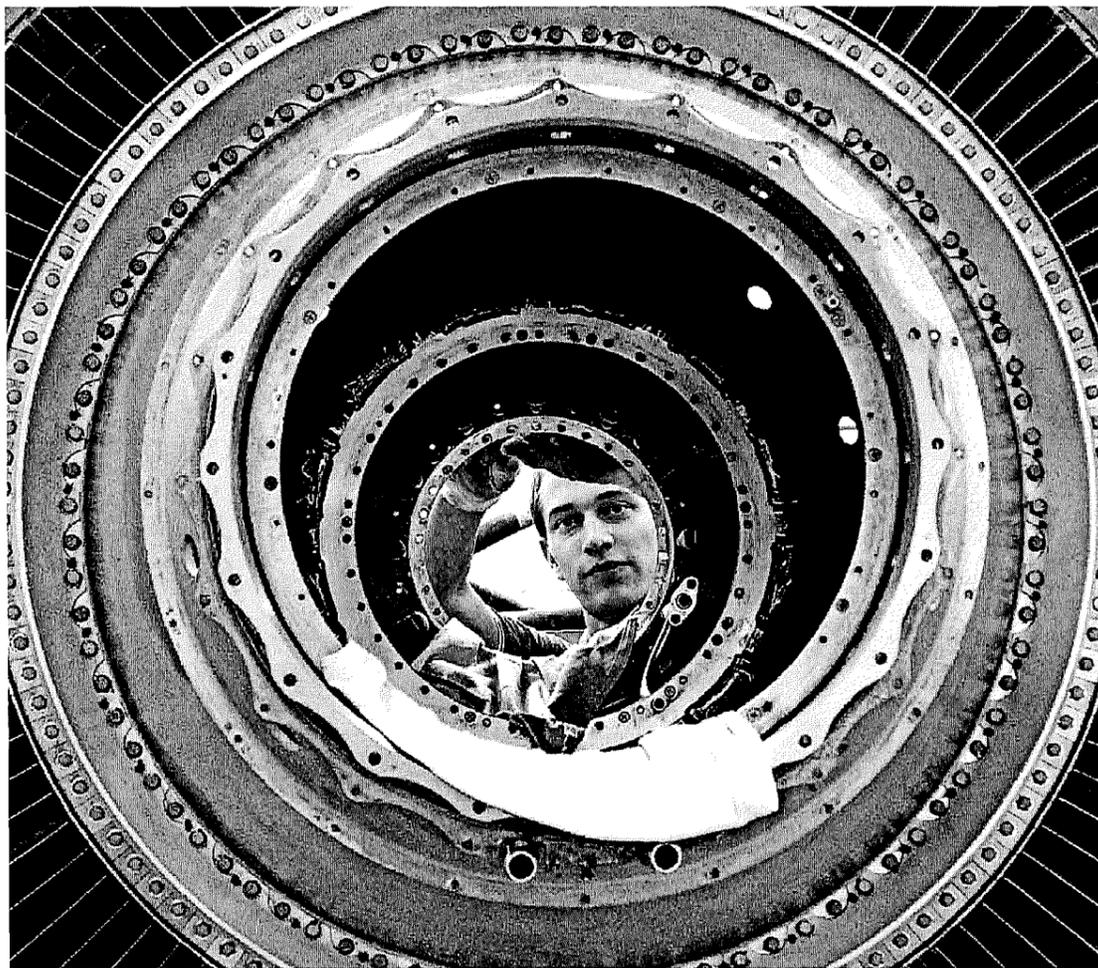
VON DENNIS BÜHLER

Erst gab es gebratene Jakobsmuscheln auf Erbsenpüree mit Speck sowie Rauchlachs-Crêperoulade mit Schnittlauchsaucerrahm, dann setzten sich die vier Herren, die über die Geschicke der Schweizer Bildungs- und Wirtschaftspolitik bestimmen, nach vorne und präsentierten die Ergebnisse ihres Spitzentreffens. Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann, der oberste Gewerkschafter Paul Rechsteiner, Arbeitgeberchef Roland Müller und Erziehungsdirektorenpräsident Christoph Eymann lobten sich gegenseitig dafür, dass sie sich zusammen an einen Tisch gesetzt, «Handlungsfelder definiert», «Konzepte erarbeitet», «Berichte verfasst» und «Massnahmen eingeleitet» hätten.

Oberstes Ziel der Vertreter von Bund, Kantonen, Politik und Wirtschaft ist es, dass in Zukunft 95 Prozent aller Jugendlichen über einen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen – also über eine berufliche Grundbildung, eine Berufsmatura, eine gymnasiale Matura oder einen Abschluss einer Fachhochschule. Neu ist diese Zielsetzung nicht: Bereits 2006 hatte die Erziehungsdirektorenkonferenz erklärt, bis 2015 einen Anteil von 95 Prozent erreichen zu wollen. Und auch allzu ambitioniert ist sie nicht: Schon heute haben 94,7 Prozent aller Jugendlichen einen Abschluss in der Tasche, der über die obligatorische Schulzeit hinausgeht. Etwas Nachholbedarf besteht einzig bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die im Ausland eingeschult und erst später ins Schweizer Schulsystem integriert wurden.

**Versöhnliche Worte**

Den Fachkräftemangel wollen die Verbundpartner auch auf der Ebene der Höheren Berufsbildung bekämpfen. Wie bereits bekannt war, schlägt der Bundesrat vor, die Teilnehmer vorbereitender Kurse für eidgenössische Prüfungen ab übernächstem Jahr finanziell zu unterstützen. Zudem sind die Berufsverbände angehalten, Lehrabbruchquoten und Prüfungsmisserfolge zu analysieren. An den Kantonen ist es dann, konkrete Massnahmen zu ergreifen. Schliesslich blieb man diese bisher weitestgehend schuldig.



Die Politik will das inländische Fachkräftepotenzial besser ausschöpfen. Ein Polymechaniker arbeitet an einer Gasturbine. KEY

ARBEITSMARKTBEOBACHTUNG

**Arbeitsvermittlungszentren könnten Reservoir für Fachkräfte sein**

Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) könnten einen wesentlichen Beitrag leisten, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Zu diesem Schluss kommt eine Studie, die von der Arbeitsmarktbeobachtung Ostschweiz, Aargau, Zug und Zürich, Amosa, in Auftrag gegeben wurde. Der Fachkräftemangel sei eine der grössten Herausforderungen der

Schweizer Wirtschaft, sagte der Zürcher Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker (SVP) bei der Präsentation der Studie «Arbeitsmarktmobilität und Fachkräftemangel» in Zürich. Die Masseneinwanderungsinitiative habe das Problem noch verschärft. Die Wirtschaft müsse das Potenzial an Fachleuten besser ausschöpfen. Politisch sei es nicht opportun, den Arbeitskräftemangel zu beklagen und dann gut qualifizierte Leute nicht im Inland abzuholen.

Potenzial wäre beispielsweise bei den RAV vorhanden, wie die Studie der Arbeitsmarktbeobachtung zeigt. So stieg der Anteil an Stellensuchenden mit Hochschulabschluss zwischen 2002 und 2013 im Amosa-Gebiet von 10 auf 17 Prozent. In den Kantonen Zug und Zürich sind es 24 Prozent der Stellensuchenden, die einen tertiären Bildungsabschluss haben. (SDA)

Rechsteiner zeigte sich gestern trotzdem zufrieden. «Auf Bundes- und auf kantonaler Ebene werden gegenwärtig Sparpakete geschürt», sagte er. «Deshalb stellen die neuen Bekenntnisse von Politik und Arbeitgeberseite ein starkes Zeichen dar.» Seit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses Mitte Januar befindet sich die Schweiz überdies in einer heiklen Situation, warnte Rechsteiner. «Noch wissen wir nicht, ob der Franken-Schock zu einem Einbruch der Industrie und anderer Branchen führen wird und so auch Lehrstellen gefährdet sein könnten.»

Auch über Schneider-Ammann, dessen Bildungs- und Wirtschaftspolitik er für gewöhnlich kritisch gegenübersteht, äusserte sich der St.Galler SP-Ständerat betont versöhnlich. «Schneider-Ammann hat verstanden, dass bei der Berufsbildung nicht gespart werden darf, sondern vielmehr investiert werden muss», sagte er. «Abschliessend werden wir allerdings nicht Worte, sondern Taten bewerten.» Der Bundesrat müsse den eingeschlagenen Weg jetzt auch konsequent verfolgen.

**Lob für Schweizer Eigenheiten**

Bund und Kantone hätten nun ihre jeweiligen Aufgaben gefasst, sagte Schneider-Ammann. Wenn im Parlament bald die bundesrätliche Strategie zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Botschaft) in den Jahren 2017 bis 2020 zur Sprache komme, werde die Mittelverteilung mit Sicherheit umstritten sein. «Wichtig wird sein, dass auch die Kantone ihre Leistung erbringen», so Schneider-Ammann. «Nicht nur, aber vor allem auch ihre finanzielle.»

Der FDP-Magistrat genoss es gestern sichtlich, für einmal weder von Gewerkschaftern noch Arbeitgebern kritisiert zu werden. Noch in der Frühjahrssession war er im Ständerat gerügt worden, weil seine bereits 2011 lancierte Fachkräfteinitiative nur langsam vorangekommen war. Gefordert worden war unter anderem «mehr Leadership» und «mehr Tempo». Nun setzte Schneider-Ammann zum Loblied auf die Schweizer Verhältnisse an: «Die Tatsache, dass wir unsere Sozial- und Verbundpartnerschaft so intensiv pflegen, ist ein Grund für die tiefe Arbeitslosigkeit», sagte er.

**Nicht viel mehr als Appelle an die Wirtschaft**

Wieso die Stelle des Heizungsmonteurs gefährdet ist und was der Bundesrat via Bildungsmassnahmen hätte unternehmen können, erklärt alt Nationalrat Rudolf Strahm (SP) im Interview.

VON ANNA WANNER

Herr Strahm, bei seinem Auftritt erklärte Bundesrat Johann Schneider-Ammann zusammen mit Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern, dass die Berufsbildung gestärkt werde. Das sollte in Ihrem Sinne sein.

Rudolf Strahm: Ja. Es ist es ein positives Bekenntnis zur Berufsbildung und zur höheren Berufsbildung, auch wenn die ganze Übung mehr deklamatorisch war.

Mit anderen Worten: Das Bekenntnis ist unnütz.

Nein, es ist nicht unnütz. Am Bekenntnis wurde zwei Jahre lang gearbeitet – und es fällt sehr positiv aus.

Viel Neues beinhaltet es aber nicht. Dass 95 Prozent der Jugendlichen einen Sek-II-Abschluss machen, ist bei-

spielsweise ein bekanntes Ziel. Genau. Die damalige Wirtschaftsministerin Doris Leuthard hat vor zehn Jahren das Ziel zusammen mit den Kantonen vereinbart. Und es ist heute bei all jenen Jugendlichen erreicht, die in der Schweiz geboren sind, bei Ausländern und Schweizern. Nur bei den neu zugewanderten Jugendlichen ist die Quote tiefer. Grundsätzlich finde ich es positiv, wenn sich der Bundesrat weiterhin zu diesem Ziel bekennt.

Was ist also neu am gemeinsamen Bekenntnis?

Neu ist das Anforderungsprofil, das für die einzelnen Berufe erstellt werden soll. So wissen die Jugendlichen, was hinter den Berufen steckt. Wiederholt wurde auch das Bekenntnis zur Erfahrung in der Arbeitswelt, also dem Praxisjahr für Gymnasiasten, die an eine Fachhochschule wollen. Leider ist keine Entscheidung gefallen zur Aufwertung der Titel der höheren Berufsbildung. Das ist ein Problem, weil gut ausgebildete Arbeitskräfte aus der Schweiz den ausländischen Konkurrenten unterliegen. Wegen des Titels werden Absolventen von ausländischen Massenuniversitäten vorgezogen.

Sie sagten einmal, dass ein Schweizer Heizungstechniker mit höherer Be-



**«In der Bildung kann man keine Blitz-Massnahmen ergreifen.»**

Rudolf Strahm  
Autor, alt Nationalrat (SP) und  
ehemaliger Preisüberwacher

rufsbildung in Wärmetechnik besser qualifiziert sei als ein deutscher Ingenieur.

Das würde ich immer noch unterschreiben. Wenn ein Schweizer vier Jahre Heizungsmonteur gelernt hat, macht er dann möglicherweise mit 30 Jahren eine Höhere Fachschule oder eine Höhere Fachprüfung – die frühere Meisterprüfung. Er spezialisiert sich beispielsweise auf Solartechnik, Wärmepumpentechnik, Sensortechnik oder Gebäudeautomation. Der weitergebildete Heizungsmonteur kennt nicht nur die Praxis von der Pike auf, sondern kennt auch die neuesten Technologien. Er trägt dann vielleicht einen Titel eines Technikers HS, steht jedoch in Konkurrenz mit einem Bachelor einer deutschen Hochschule.

Wenn der Monteur den Titel Bachelor tragen würde, würde er die Stelle eher erhalten?

Im Kampf zwischen Gymnasium und Berufslehre muss man den Jugendlichen und den Eltern konkrete Karrierewege und Titel anbieten können. Wer den Weg der Berufslehre geht, dem muss ein äquivalenter Titel zum Bachelor und Master in Aussicht gestellt werden.

Immerhin stellt der Bundesrat eine «finanzielle Entlastung» für die Absol-

venten von eidgenössischen Prüfungen in Aussicht.

Ja. Die Finanzierung der Berufsbildung ist sehr teuer. Das Gewerbe hat dafür 400 Millionen Franken verlangt. Der Bundesrat hat nun 100 Millionen Franken versprochen.

Gewerkschaften, Arbeitgeber und der Bundesrat haben ein Bekenntnis abgegeben. Der kleinste gemeinsame Nenner ist aber so klein, dass es kaum Platz für konkrete Massnahmen gibt.

Es handelt sich nicht um Massnahmen; es sind Appelle an die Wirtschaft. Appelle, mehr Lehrlinge auszubilden zum Beispiel. Wobei man dem Bundesrat auch zugutehalten muss: In der Bildung kann man keine Blitz-Massnahmen ergreifen. Denn selbst wenn ein Bildungsweg speziell gefördert wird, dauert eine Ausbildung immer noch drei bis vier Jahre.

Sie erwarten also keine konkreten Massnahmen mehr?

Ich erwarte, dass wie angekündigt im Sommer endlich konkrete Massnahmen zu den Ärzten, zum Pflegepersonal, zum Betreuungspersonal, zur Mint-Ausbildung und zur Titeläquivalenz erlassen werden. Aber das war nicht Inhalt des gestern präsentierten Papiers zur Berufsbildung.